



Kristina Keuper

Wenn die letzte Schule schließt

Folgen für Demokratie, Demografie und Zusammenhalt

Auf einen Blick

Deutschlands ländliche Räume verlieren in raschem Tempo Orte der Daseinsvorsorge: Bankfilialen, Arztpraxen, Nahverkehrsverbindungen und Bildungseinrichtungen. Kitaschließungen dominieren die aktuelle bildungspolitische Debatte, während die jüngste Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz (KMK) für die ostdeutschen Flächenländer bis 2040 einen Rückgang der Schülerzahlen um mehr als 16 Prozent prognostiziert. In denselben Regionen, die bereits unter dem stärksten Infrastrukturrückbau leiden, droht damit eine weitere Welle von Schulschließungen. Dieser Beitrag beschäftigt sich daher mit der Frage: Welche Folgen hat der kumulative Rückzug der Daseinsvorsorge, insbesondere der Bildungsinfrastruktur, aus ländlichen Räumen, und welche Strategien können ihn aufhalten? Die Synthese internationaler Evidenz verdeutlicht, dass die Schließung von Bildungseinrichtungen weit über die Bildungspolitik hinauswirkt: Sie erodiert politisches Vertrauen, beschleunigt den Bevölkerungsrückgang und zerstört soziales Kapital. Acht Handlungsempfehlungen, auf diesen Befund zu reagieren, bilden daher den Abschluss dieser Publikation.

Ein schleichender Rückzug

In den ländlichen Räumen Deutschlands schließen seit über 20 Jahren Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Inzwischen verzeichnen mehrere Bundesländer eine wachsende Zahl von Kitaschließungen, die vor allem in dünn besiedelten Gebieten den Zugang zur frühkindlichen Bildung gefährden (News4teachers 2025; Pauli/Muschenich 2026; Die Zeit 2025; Heymann 2026). In den ostdeutschen Flächenländern, die bereits zwischen 1995 und 2018 über 30 Prozent ihrer Schulen verloren haben, zeichnet sich eine weitere Schließungswelle ab (Heider et al. 2023; bbp 2014; Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024; KMK 2025). Denn die im November 2025 veröffentlichte Vorausberechnung der KMK beziffert den prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen in diesen Ländern auf mehr als 16 Prozent bis 2040 bei einem Wendepunkt ab 2027. Die westdeutschen Flächenländer erreichen ihren Höchststand dagegen erst um 2033 und liegen 2040 noch rund vier Prozent über dem Ausgangswert von 2024. In der Primarstufe wird bundesweit ein Rückgang von rund neun Prozent erwartet (KMK 2025). Parallel erodiert die übrige Nahversorgung: Seit der Jahrtausendwende sind rund 8.200 Standorte der Sparkassen und 6.600 Genossenschaftsbanken geschlossen worden (Deutsche Bundesbank 2024). Die Ärztedichte sinkt im ländlichen Raum ebenfalls, aber auch

Postfilialen werden geschlossen und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) erlebt erst seit Kurzem wieder einen Aufschwung.

Dieser Rückzug der Daseinsvorsorge hat Konsequenzen und diese betreffen vielerorts Menschen in ländlichen Regionen. Der Sozioökonomische Disparitätenbericht 2023 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) identifiziert fünf Raumtypen in Deutschland, von denen die überwiegend in Ostdeutschland gelegenen „strukturschwachen Räume mit Aufholerfolgen“ trotz partieller Verbesserungen weiterhin stark unterdurchschnittliche Gehälter, eine ungünstige demografische Struktur und die niedrigste Wahlbeteiligung aller Raumtypen aufweisen (Heider et al. 2023). Eine Folgestudie weist auf Basis der Bundestagswahl 2025 nach, dass Indikatoren der Daseinsvorsorge, besonders die Kitabetreuungsquote, der Anteil der Schulabgänger:innen mit Hochschulreife und der Breitbandausbau signifikant negativ mit den Zweitstimmenanteilen der Alternative für Deutschland (AfD) korrelierten. Der Zusammenhang bleibt auch nach Kontrolle für sozioökonomische und raumstrukturelle Variablen stabil (Heider et al. 2025). Und genau dort, wo die wirtschaftliche und soziale Verwundbarkeit am größten ist, trifft der demografische Rückgang auf eine ohnehin ausgedünnte Infrastruktur.

Schulen und Kitas stehen dabei in einer Kaskade des Rückzugs: Es schließen Geschäfte, Bankfilialen, Arztpraxen, die örtliche Postfiliale und schließlich auch die Bildungseinrichtungen. Anders als eine Bankfiliale sind Schule und Kita jedoch nicht nur Versorgungspunkte, sondern Orte der täglichen Begegnung: Eltern treffen sich am Schultor, Generationen begegnen sich bei Festen und Aufführungen, Vereine nutzen die Räumlichkeiten. Wenn diese Begegnungsräume wegfallen, verliert eine Gemeinde mehr als eine Dienstleistung: Sie verliert einen entscheidenden Ort, an dem Gemeinschaft entsteht.

Eine rein fiskalische Betrachtung von Schulen und Kitas übersieht daher, was die internationale Forschung in den vergangenen Jahren zunehmend belegt: Die Schließung von Bildungseinrichtungen in ländlichen Räumen wirkt weit über die Bildungspolitik hinaus. Sie greift unter anderem in die soziale, demografische, ökonomische und in die politische Stabilität einer Region ein. Besonders die politische Stabilität ist eine Dimension, die in der bisherigen Debatte kaum systematisch berücksichtigt wird. Im Folgenden werden daher sechs Dimensionen differenziert betrachtet.

1. Politisches Vertrauen und institutioneller Rückzug

Der britische Wirtschaftsgeograf Andrés Rodríguez-Pose prägte 2018 den Begriff der „Places that Don't Matter“. Das sind Orte, die im politischen und ökonomischen Blickfeld systematisch an den Rand rücken. In einer grundlegenden Studie, die mehr als 63.000 Wahlbezirke in der EU auswertete, wiesen Dijkstra, Poelman und Rodríguez-Pose (2020) nach, dass wirtschaftlicher und demografischer Niedergang

in solchen Regionen den Nährboden für euroskeptische und populistische Wahlentscheidungen bildet. Die Korrelation verstärkt sich, je länger die Phase des Niedergangs andauert (Rodríguez-Pose 2018; Rodríguez-Pose et al. 2024).

Dass Schulschließungen in diesem Gefüge eine eigenständige Rolle spielen, hat Zeth Isaksson (2023) erstmals systematisch für Schweden untersucht. Mit einem standortgenauen Datensatz aller ländlichen Schulschließungen zwischen 2013 und 2020 dokumentiert er: Betroffene Gemeinden weisen einen signifikanten Rückgang des Vertrauens in die Kommunalpolitik auf. Die Amtsinhaber:innen, insbesondere linke Regierungsparteien, verlieren messbar an Unterstützung. In manchen Fällen profitierten davon die rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Die Schule fungiert als eine Art letzte sichtbare Wohlfahrtsinstitution; ihr Entzug wird als Symbol für den Rückzug des Staates gelesen.

Nyholt (2023) bestätigt diesen Mechanismus für Dänemark mit einem methodisch strengeren Forschungsdesign. In einer wissenschaftlichen Analyse von 315 Schulschließungen und 30 Krankenhausschließungen zwischen 2005 und 2019 kommt er zu dem Ergebnis, dass Amtsinhaber:innen in betroffenen Gebieten signifikant an Stimmen verlieren und rechtspopulistische Parteien profitieren. Die Schließung einer lokalen Institution wird zur konkreten Erfahrung, die die populistische Erzählung eines Auseinanderklaffens zwischen politischer Klasse und Bevölkerung glaubhaft macht.

Dieses Muster deckt sich mit Befunden zum Zusammenhang zwischen dem Verlust anderer lokaler Institutionen und dem Erstarken rechter Parteien. So wies Bolet (2021) für Großbritannien nach, dass die Schließung von Community Pubs, die ebenfalls soziokulturelle Ankerpunkte sind, mit einem Anstieg der Unterstützung für rechte Parteien korreliert.

Für Deutschland existieren erste Zusammenhänge. Heider et al. (2025) weisen auf Kreisebene nach, dass bildungsbezogene Indikatoren der Daseinsvorsorge signifikant mit den AfD-Zweitstimmenanteilen bei der Bundestagswahl 2025 korrelierten. Kiess und Dilling (2025) ermitteln auf Gemeindeebene einen vergleichbaren Zusammenhang für die ÖPNV-Angebotsqualität. Was jedoch fehlt, ist ein Forschungsansatz, der kausale Zusammenhänge belegen kann, eine offene Forschungsfrage, die angesichts der bevorstehenden Schließungswelle besonders dringlich ist.

Schul- und Kitaschließungen wirken in diesem Zusammenhang nicht als isoliertes Ereignis, sondern als Teil einer kumulativen Rückzugserfahrung, die weit über einzelne Versorgungslücken hinausgeht. Schule und Kita sind dabei von besonderer symbolischer Bedeutung, weil sie Zukunftsinstitutionen sind. Ihr Entzug signalisiert, dass der Staat in der Zukunft dieser Region keinen Bedarf mehr sieht, erzeugt in der Bevölkerung Gefühle der Wut, Resignation und den Eindruck, dass demokratische Beteiligung sinnlos ist (Rodríguez-Pose et al. 2024).

2. Demografische Folgewirkungen

Eine Studie zu den Bevölkerungseffekten von Schulschließungen aus Dänemark von Sørensen et al. (2021) untersuchte die gleichzeitige Schließung von acht Dorfschulen in derselben peripheren Kommune im Jahr 2011. Die Bevölkerungsentwicklung fiel um 7,6 Prozentpunkte ungünstiger aus als in den Vergleichsgemeinden. Statistisch signifikant wurde dieser Effekt erst ab dem sechsten Jahr nach der Schließung. Interviews mit Betroffenen deuten auf einen doppelten Mechanismus hin: Junge Familien ziehen weg, und der sinkende Immobilienwert bindet ältere Bewohner:innen an einen Ort ohne Zukunftsperspektive.

Für den deutschen Kontext liegt mit Barakat (2015) eine Studie zu Sachsen vor. Ihr Ergebnis ist differenzierter: Barakat findet keinen statistisch signifikanten Effekt von Grundschulschließungen auf den Bevölkerungsrückgang auf Gemeindeebene. Das bedeutet jedoch nicht, dass Schulschließungen folgenlos sind. Barakat selbst diskutiert, dass im ostdeutschen Transformationskontext der Bevölkerungsrückgang so massiv war, dass der spezifische Beitrag einzelner Schulschließungen statistisch schwer zu isolieren ist. Die FES-Studie zu antidemokratischen Wahlerfolgen (Heider et al. 2025) bestätigt, dass genau die Regionen, die in den vergangenen Jahrzehnten den stärksten Infrastrukturrückbau erlebt haben (die strukturschwachen ländlichen Räume Ostdeutschlands), auch die ungünstigste demografische Struktur und den geringsten Frauenanteil aller Raumtypen aufweisen. Die demografische Erosion und der institutionelle Rückzug sind dort untrennbar miteinander verbunden (Heider et al. 2025). Für Kitas ist die Evidenzlage noch dünner, aber der Mechanismus dürfte analog wirken: Wenn die Kita schließt, fehlt für junge Familien ein zentrales Kriterium der Standortwahl. Die aktuellen Kitaschließungen beispielsweise in Thüringen und Sachsen-Anhalt fallen in Regionen, die ohnehin unter Abwanderung leiden. Der demografische Teufelskreis droht sich zu beschleunigen.

Ob Ursache oder Symptom, die demografische Forschung legt nahe, dass Schulschließungen den Handlungsspielraum von Gemeinden weiter verengen. Eine Gemeinde ohne Kita und/oder Grundschule hat ein gravierendes Standortdefizit bei der Anwerbung junger Familien. Damit verbindet sich die demografische Dimension in einem Teufelskreis unmittelbar mit der politischen: Schrumpfende Gemeinden verlieren nicht nur Einwohner:innen, sondern auch die Fähigkeit, politische Aufmerksamkeit und Ressourcen einzufordern.

3. Sozialkapital und Gemeinschaftsverlust

In einer Langzeitfallstudie in vier polnischen Dörfern verglich Kłoczko-Gajewska (2020) Gemeinden, in denen die Schule erhalten blieb, mit solchen, in denen sie geschlossen wurde. Die Ergebnisse aus Interviews mit lokalen Akteur:innen in den Jahren 2004 und 2016 sind eindeutig: Wo die Schule geschlossen wurde und das Gebäude nicht mehr

der lokalen Bevölkerung zugänglich war, sanken sowohl die Vereinstätigkeit (strukturelles Sozialkapital) wie auch das gegenseitige Vertrauen und die Hilfsbereitschaft (kognitives Sozialkapital) deutlich und dauerhaft. Die Studie ist qualitativ angelegt und damit nicht auf andere Kontexte generalisierbar, illustriert aber eindrucksvoll, was auch weitere internationale Studien bestätigen: Die Schule ist in ländlichen Gemeinden oft der letzte physische Ort, an dem sich verschiedene Generationen regelmäßig begegnen (Witten et al. 2001; Hyry-Beihammer 2014).

Im Fall der Kitas dürfte dieser Effekt verstärkt greifen, denn während Grundschulkindern ab einem gewissen Alter selbstständig mobil sind, sind Kitaeltern durch die tägliche Bring- und Holsituation besonders intensiv in die lokale Begegnungsstruktur eingebunden. Die Kita ist für junge zugezogene Familien oft der erste und entscheidende Ort sozialer Vernetzung am Wohnort. Erste Befunde des Deutschen Jugendinstituts deuten zudem darauf hin, dass unerwartete Kitaschließungen das elterliche Vertrauen in die Betreuungsinfrastruktur nachhaltig beschädigen – ein Effekt, der über den unmittelbaren Platzverlust hinausreicht und das Zutrauen in öffentliche Daseinsvorsorge insgesamt untergräbt (Neuberger et al. 2026).

Der Verlust dieses Begegnungsraums trifft vulnerable Gruppen besonders hart. Ältere Menschen, Alleinerziehende und sozial schwächere Familien verlieren mit der Bildungseinrichtung häufig auch den Zugang zu informellen Unterstützungsnetzwerken. Die Fragmentierung des sozialen Gefüges ist schleichend und wird in den klassischen Kosten-Nutzen-Rechnungen nicht erfasst. Der Verlust sozialen Kapitals entzieht sich der quantitativen Messung, ist aber gerade deshalb politisch folgenreich. Wenn formelle und informelle Begegnungsräume wegfallen, sinkt die Schwelle zum Rückzug ins Private und damit auch die Bereitschaft, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Die soziale Dimension ist somit die Brücke zwischen den messbaren demografischen und den schwer fassbaren politischen Folgen.

4. Gesundheitliche Belastungen durch verlängerte Wege

Werden Bildungseinrichtungen geschlossen, verlängern sich die Wege. Die Forschung zu den gesundheitlichen Auswirkungen langer Pendelzeiten bei Kindern ist noch nicht abschließend, aber die bisherigen Befunde geben Anlass zur Vorsicht. Studien aus verschiedenen Ländern dokumentieren negative Zusammenhänge zwischen der Dauer des Schulwegs und dem psychischen Wohlbefinden von Kindern.

Unabhängig davon belegt die Längsschnittstudie COPSY (COrona und PSYche) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf die allgemeine Vulnerabilität von Kindern und Jugendlichen: Während der Anteil von Kindern mit psychischen Auffälligkeiten vor der Pandemie bei etwa 17 Prozent lag, stieg sie im Winter 2020/21 auf 31 Prozent und liegt

auch im Herbst 2024 noch bei 22 Prozent, fünf Prozentpunkte über dem Vor-Pandemie-Niveau. Kinder aus sozial schwächeren Familien, genau diejenigen, die in ländlichen Räumen überproportional von Schulschließungen betroffen sind, weisen dabei die höchsten Belastungswerte auf. Jede zusätzliche Belastung, ob durch verlängerte Schulwege, den Wechsel in eine entferntere Kita oder den Verlust vertrauter Betreuungsstrukturen, ist deshalb kritisch zu sehen (Kaman et al. 2025; Ravens-Sieberer et al. 2021).

Die gesundheitliche Dimension ist forschungsmethodisch am schwächsten abgesichert, verdient aber gerade angesichts der post-pandemischen Belastung erhöhte Aufmerksamkeit. Wenn Kinder in ländlichen Räumen ohnehin zu den vulnerableren Gruppen gehören, ist jede Maßnahme, die ihre Alltagsstruktur destabilisiert, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen. Das Vorsorgeprinzip spricht hier gegen die Inkaufnahme zusätzlicher Belastungen.

5. Pädagogische Evidenz

Ein häufig vorgebrachtes Argument für die Zusammenlegung kleiner Schulen lautet, dass größere Einheiten besseren Unterricht ermöglichen. Die empirische Evidenz stützt dieses Argument nicht. Veenmans (1995) umfassende Analyse, die 56 Studien zu jahrgangsübergreifendem Unterricht auswertete, ergab: Die kognitiven Leistungen in Mehrstufenklassen sind denen in Jahrgangsklassen mindestens gleichwertig. Für nichtkognitive Kompetenzen, wie zum Beispiel Selbstvertrauen, Teamfähigkeit und soziale Fähigkeiten, ergab sich ein leicht positiver Trend.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Carle und Metzen (2014) sowie Kucharz und Wagener (2007) für den deutschen Kontext des jahrgangsübergreifenden Lernens. Kleine Schulen mit altersgemischten Gruppen erreichen vergleichbare kognitive Ergebnisse bei tendenziell stärkerer sozialer Einbindung. Für die Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf deuten internationale Befunde darauf hin, dass kleinere, überschaubare Schulen eine stärkere soziale Integration ermöglichen (Koster et al. 2009; Leithwood et al. 2009). In der Praxis bedeutet das, dass sinkende Schülerzahlen nicht zur Schließung führen müssen, stattdessen können sie den Anstoß für eine zeitgemäße pädagogische Transformation der Schulentwicklung geben. Jahrgangsübergreifendes Lernen ist kein Notbehelf, sondern eine erprobte und international anerkannte didaktische Alternative.

Gleichwohl wäre es unredlich, die organisatorischen Herausforderungen kleiner Bildungseinrichtungen zu verschweigen. Wenn eine Dorfschule nur noch drei bis fünf Kinder pro Jahrgang unterrichtet, stellt sich die Frage der Fachunterrichtsqualität ab der Sekundarstufe mit besonderer Schärfe. Der Ausfall einer von zwei oder drei Lehrkräften kann den Schulbetrieb zum Erliegen bringen.

Laut einer Befragung der Deutschen Telekom Stiftung (2026) verfügen nur sieben Prozent der ländlichen Bürger-

meister:innen über ein institutionalisiertes kommunales Bildungsmanagement. Genau das aber würde Bildung nicht dem Zufall einzelner Personen überlassen, sondern als dauerhafte Steuerungsaufgabe organisieren, Daten bereitstellen, Zuständigkeiten klären und Kooperationen zwischen Schule, Jugendhilfe, Verwaltung und weiteren Akteur:innen verbindlich machen. Gerade im ländlichen Raum, wo solche Strukturen nur selten vorhanden sind, fehlt die Governance, die kleine Schulen brauchen, um Bildungsangebote zu koordinieren, Ressourcen zu bündeln und Bildungschancen vor Ort verlässlich zu sichern.

Internationale Modelle belegen jedoch, dass diese Dilemmata lösbar sind. In Finnland besuchen alle Kinder eine neunjährige Gemeinschaftsschule, in peripheren Gebieten auch in Klassen mit weniger als zehn Schüler:innen. Diese Schulen werden personell gestärkt. Lehrkräfte arbeiten standortübergreifend oder digital, um den Fachunterricht zu gewährleisten. Der Schülertransport, das Bildungsangebot und eine warme Mahlzeit sind kostenlos (Mandavkar 2024). Anfang Februar 2026 stellte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ein Reformpaket „Lilleskolen“ (Kleine Schule) vor. Es beinhaltet unter anderem einen Klassendeckel von maximal 14 Lernenden in den Klassen 0 bis 3 und eine Investition von 5 Milliarden Kronen jährlich (rund 670 Millionen Euro). Besonders bemerkenswert: Zusätzlich werden 500 Millionen Kronen (rund 67 Millionen Euro) explizit dafür reserviert, Schulschließungen in ländlichen Räumen zu verhindern (Eklund 2026; Berlingske 2026; Danmarks Lærerformand 2026). Das ist ein politisches Signal: Die Schule gehört zum Dorf, und ihr Erhalt ist eine Investition in die Demokratie. In Deutschland bietet auch das Filialschulmodell eine verwandte Alternative: Mehrere kleine Standorte werden unter einer gemeinsamen Leitung zusammengefasst. Die Administration wird zentralisiert, die pädagogische Präsenz bleibt dezentral. Sinkende Schülerzahlen können so zum Impuls für jahrgangsübergreifendes Lernen werden, statt zur Schließungsbegründung.

Ergänzend verdient der Ansatz des Social-Emotional Learning (SEL) Beachtung, nicht nur als pädagogisches, sondern als demokratierelevantes Instrument. Die umfassende Analyse von Cipriano et al. (2023), die 424 Studien aus 53 Ländern mit über 575.000 Schüler:innen auswertete, belegt signifikante positive Effekte schulbasierter SEL-Programme auf soziale Kompetenzen, Schulklima, Peer-Beziehungen und akademische Leistungen. Bemerkenswert ist, dass die Studie erstmals auch „civic behaviors and attitudes“ als eigenständige Wirkungskategorie erfasste, darunter das Verständnis gesellschaftlicher Prozesse, moralisches Urteilsvermögen und ethisches Handeln. SEL trainiert Perspektivwechsel und Empathie, lehrt Impulskontrolle gegenüber Wut und Angst, Emotionen, die populistische Rhetorik gezielt mobilisiert, und fördert Konfliktfähigkeit als Grundlage demokratischer Debattenkultur. Prosoziale Entwicklung gilt in der Entwicklungspsychologie als Fundament bürgerchaftlichen Engagements. Die psychologische Forschung verdeutlicht, dass Kinder, die früh lernen, sich in andere hi-

neinzuversetzen und Verantwortung zu übernehmen, später eher bereit sind, sich gesellschaftlich zu engagieren (Malti/Davidov 2023). Die curriculare Verankerung von SEL könnte die Schule somit nicht nur als Bildungsort, sondern als Schutzraum gegen gesellschaftliche Polarisierung stärken. Besonders in ländlichen Regionen entfaltet dieser Ansatz eine spezifische Relevanz: Da die Dorfschule oft den primären und teils einzigen, institutionalisierten Begegnungsraum einer überschaubaren Gemeinschaft darstellt, fungiert sie als Reallabor für die von Cipriano et al. beschriebenen Civic Behaviors. Während in urbanen Räumen Anonymität dominiert, sind Lernende in Dorfschulen in eine enge Gemeinschaft bestehend aus Schule, Nachbarschaft und Verein eingebunden. Das frühe Lernen von Perspektivwechsel und Empathie ermöglicht es den Kindern, Konflikte konstruktiv zu deeskalieren, die oft über Generationen oder familiäre Kontexte in die Schule getragen werden. Damit wird die Dorfschule zum entscheidenden Ankerpunkt, um lokale Identität mit einer weltoffenen, demokratischen Debattenkultur zu verknüpfen und die Resilienz der ländlichen Gemeinschaft gegenüber Polarisierung von Grund auf zu stärken.

Es gibt keine belastbare Evidenz dafür, dass Kinder in größeren Schulen besser lernen. Vielmehr verdeutlicht die Forschung, dass kleine Schulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht vergleichbare oder bessere nichtkognitive Ergebnisse erzielen. Für den frühkindlichen Bereich fehlen belastbare Studien zu den Folgen von Schließungen. Die bildungsökonomische Forschung belegt jedoch, dass Investitionen in frühkindliche Bildung die höchsten gesellschaftlichen Renditen erzielen, insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien (Heckman 2006). Die FES-Studie „Was brauchen Schulen in herausfordernden Lagen?“ demonstriert zudem, dass Kitas in sozial belasteten Quartieren häufig die einzige niedrigschwellige Anlaufstelle für Familien darstellen (Böttcher et al. 2022). Ihr Wegfall trifft genau die Gruppen, die am stärksten auf institutionelle Unterstützung angewiesen sind. Die eingangs beschriebene Schließungswelle von Kitas verschärft dieses Problem zusätzlich.

6. Die ökonomische Gesamtbilanz

Das stärkste Argument für Schließungen von Bildungseinrichtungen ist das fiskalische: Kleine Schulen und Kitas kosten pro Kopf mehr als große. Doch dieses Argument ist selbst aus rein fiskalischer Perspektive nur die halbe Wahrheit.

Duncombe und Yinger (2007) untersuchten in einer wegweisenden Studie die tatsächlichen Kostenwirkungen von Schulbezirkkonsolidierungen im US-Bundesstaat New York. Sie fanden, dass signifikante Einsparungen nur bei der Zusammenlegung sehr kleiner Schulbezirke (unter 300 Schüler:innen) entstehen. Bei mittleren Bezirken (um 1.500 Schüler:innen) liegt die Ersparnis bei unter zehn Prozent und wird durch steigende Transportkosten und andere Anpassungskosten oft aufgezehrt.

Hinzu kommt ein in der deutschen Debatte selten beleuchteter Mechanismus: In den ostdeutschen Flächenländern übernehmen zunehmend Schulen in freier Trägerschaft eine Substitutionsfunktion für geschlossene öffentliche Schulen. In Mecklenburg-Vorpommern gab es 2014/2015 bereits 14 Gemeinden, in denen ausschließlich private Grundschulen verblieben waren. Der Anteil privater Grundschulen liegt in Brandenburg bei 13 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern bei 17 Prozent, gegenüber zwei bis fünf Prozent in den westdeutschen Flächenländern. Die fiskalische Ersparnis der Kommune wird dabei durch Landeszuschüsse an den freien Träger in Höhe von 80 bis 93 Prozent der vergleichbaren öffentlichen Schulkosten weitgehend kompensiert, wobei die Bemessungsgrundlagen zwischen den Ländern variieren. Die öffentliche Hand spart also nicht, sie verlagert – und das, bei gleichzeitigem Verlust demokratischer Steuerung über Lehrpläne, Personalauswahl und Zugangsbedingungen. Das grundgesetzliche Sonderungsverbot (Art. 7 Abs. 4 GG), das eine Auswahl nach Besitzverhältnissen untersagen soll, wird in der Praxis unzureichend kontrolliert. Empirische Studien bestätigen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien an Privatschulen deutlich unterrepräsentiert sind, selbst wenn eine in ihrer Nähe liegt. Damit wird die öffentliche Grundschule als inklusive Institution der Daseinsvorsorge durch ein Modell ersetzt, das faktisch zur sozialen Segregation beiträgt (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024; Helbig 2020; Helbig et al. 2022; Helbig et al. 2017; Helbig et al. 2018).

Für Kitas kommt eine weitere ökonomische Dimension hinzu, die in der Schuldebatte keine Rolle spielt: der unmittelbare Arbeitmarkteffekt. US-amerikanischen Daten zufolge, gelten rund 60 Prozent der ländlichen Gemeinden als „child care deserts“. Hier liegt das Angebot an Betreuungsplätzen weit unter dem Bedarf und die mütterliche Erwerbsbeteiligung ist signifikant niedriger als in versorgten Gebieten. Das Bipartisan Policy Center beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden fehlender Kinderbetreuung in ländlichen Räumen der USA auf 33 bis 50 Milliarden Dollar über zehn Jahre, bedingt durch Einkommensverluste, sinkende Produktivität und entgangene Steuereinnahmen (Malik 2018; Daugherty 2025). Der Bildungsökonom James Heckman (2006) hat nachgewiesen, dass jeder in frühkindliche Bildung investierte Dollar eine gesellschaftliche Rendite von 6 bis 17 Dollar erzielt, die höchste Rendite im gesamten Bildungsverlauf. Kitaschließungen im ländlichen Raum vernichten damit nicht nur Betreuungskapazität, sondern untergraben die wirtschaftliche Existenzgrundlage junger Familien und schwächen die lokale Ökonomie.

Dazu kommen weitere indirekte Kosten, die in den Haushaltsrechnungen nicht auftauchen. Merrall et al. (2024) verdeutlichen in einer wohnwertbasierten Analyse für Ontario, dass Schulnähe signifikant in Immobilienpreise eingepreist wird, die Schließung einer Nachbarschaftsschule führt demnach zu Wertverlusten umliegender Immobilien. Eine vergleichende Studie aus Arkansas bestätigt dies für den ländlichen Kontext: Schulbezirkkonsolidierungen führten dort zu einem Rückgang des geschätzten Immobilienwerts

um durchschnittlich elf Prozent bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang von 13 bis 15 Prozentpunkten. Hinzu kommen die Erosion der lokalen Steuerbasis, der Rückgang des lokalen Gewerbes und dauerhaft steigende Transportkosten (Smith/Zimmer 2022; Marshall et al. 2010).

Einen weiteren, selten berücksichtigten Kostenfaktor bildet die ökologische Bilanz. Marshall et al. (2010) präsentieren in einer Studie für „Environmental Science & Technology“, dass schulpolitische Entscheidungen, die Schulwege verlängern, die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen um das Vier- bis Siebenfache erhöhen können im Vergleich zu einem Modell wohnortnaher Beschulung. In ländlichen Räumen, wo der ÖPNV oft fehlt und Schulbusse oder Elterntaxis die einzige Alternative darstellen, verschärft jede Schulschließung das Transportproblem und konterkariert kommunale Klimaschutzkonzepte.

Kleine Schulen sind oft ein entscheidender Faktor dafür, dass junge Familien in einem Ort bleiben oder dorthin ziehen. Ihre Schließung kann eine regionale Abwärtsspirale verstärken, die über Jahrzehnte wirkt. Der kurzfristigen fiskalischen Ersparnis stehen langfristige multidimensionale Folgekosten gegenüber. Damit erweist sich das fiskalische Argument, das in der kommunalpolitischen Praxis am häufigsten für Schulschließungen angeführt wird, bei näherer Betrachtung als nicht tragfähig. Die tatsächlichen Einsparungen sind gering, die indirekten Kosten erheblich und die langfristigen Folgen kaum prognostizierbar.

Was tun? Acht Maßnahmen zur Demokratisierung im ländlichen Raum

Wenn die Forschungslage gegen die fiskalische Schließung kleiner Bildungseinrichtungen spricht, stellt sich die Frage nach Alternativen und nach Verantwortung. Diese Frage betrifft Kommunen, Länder und Bund gleichermaßen, denn der Vertrauensverlust, den der Rückzug der Daseinsvorsorge erzeugt, schlägt sich in Wahlergebnissen auf allen Ebenen nieder. Die in diesem Beitrag zusammengetragene Evidenz lässt keine Zweifel zu: Antidemokratisches Wahlverhalten hat eine Geografie, und diese Geografie ist kein Zufall, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen. Eine Umkehr ist nur dort möglich, wo der Rückzug begonnen hat: vor Ort.

1. Ehrliche Kostenrechnung vor jeder Standortschließung

Die fiskalische Ersparnis durch die Schließung einer Kita oder Grundschule ist in der Regel gering und wird durch indirekte Folgekosten aufgezehrt, die in keiner kommunalen Haushaltsrechnung auftauchen: Immobilienwertverluste, Substitutionskosten durch Schulen freier Träger, demografische Abwärtsspiralen, steigende Transportkosten, CO₂-Belastungen, der Verlust sozialen Kapitals und, wie die internationale Forschung nahelegt, erodierendes politisches Vertrauen. Bund und Länder sollten einen verbindlichen

Folgenabschätzungsrahmen etablieren, der diese Dimensionen vor jeder Schließungsentscheidung quantifiziert. Dieser wäre auch international ein Signal, dass Bildungsinfrastruktur als Daseinsvorsorge und nicht primär als Kostenstelle begriffen wird. Wenn der Verwaltungsaufwand oder der Lehrkräftemangel als Schließungsgrund angeführt wird, bietet das oben beschriebene Filialschulmodell eine erprobte Alternative, die zentralisierte Verwaltung mit dezentraler pädagogischer Präsenz verbindet. In Finnland funktioniert dieses Prinzip seit Jahrzehnten, weil Lehrkräfte standortübergreifend arbeiten. Für Kitas ließe sich das Prinzip adaptieren: Mehrere Kleinststandorte unter einer Trägerschaft, mit rotierendem Fachpersonal und zentraler Verwaltung. So bleibt der Begegnungsort im Dorf erhalten, ohne dass jeder Standort eine vollständige Verwaltungsstruktur vorhalten muss.

2. Kleine Bildungsstandorte durch eine handlungsfähig finanzierte kommunale Grundversorgung absichern

Um die demokratische Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum zu sichern, muss die kommunale Grundversorgung finanziell auf ein krisenfestes Fundament gestellt werden. Anstatt auf kurzfristige, oft unterfinanzierte Projektförderung zu setzen, benötigen strukturschwache Regionen eine auskömmliche Regelfinanzierung, die Bildungsstandorte als Kernaufgabe der Daseinsvorsorge begreift. Nur eine solide Finanzausstattung verhindert, dass fiskalischer Druck und ein massiver Investitionsstau Gemeinden zur Schließung von Kitas und Schulen zwingen, ein Prozess, der oft unumkehrbar ist. Dies ist nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, da Investitionen in frühkindliche Bildung nachweislich die höchsten gesellschaftlichen Renditen erzielen, sondern eine Verpflichtung aus Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes. Die dort geforderte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse darf nicht an der Kassenlage einzelner Kommunen scheitern. Eine Gemeinde, die ihre Bildungsinfrastruktur verliert, verliert ihre Attraktivität für junge Familien und damit die Basis für ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft. Die Sicherung dieser Standorte ist somit eine notwendige Investition in die Gleichwertigkeit von Stadt und Land und zudem ein Schutzschild gegen das Gefühl des strukturellen Abgehängtseins.

3. Kommunales Bildungsmanagement im ländlichen Raum professionalisieren

Nur sieben Prozent der Bürgermeister:innen in ländlichen Gemeinden verfügen über ein institutionalisiertes Bildungsmanagement. Ohne professionelle Koordination zwischen Kita, Schule, Jugendhilfe und weiteren Akteur:innen können auch gut gemeinte Einzelmaßnahmen nicht wirken. Bund und Länder sollten die Einrichtung kommunaler Bildungsbüros im ländlichen Raum als permanente Strukturen fördern. Die FES-Studie von Böttcher et al. 2022 unterstreicht, dass Schulen gerade in sozial belasteten Lagen auf funktionierende multiprofessionelle Netzwerke ange-

wiesen sind. Ohne Koordination auf kommunaler Ebene bleibt die Verantwortung bei Schulleitungen und Lehrkräften und den ehrenamtlichen schulorganisatorischen Gremien und Gemeinderäten hängen, die für diese Aufgabe weder ausgebildet noch ausgestattet sind.

4. Belastung reduzieren: Das Wissen kommt zu den Schüler:innen

Inspiziert durch die skandinavische Einheitsschule und das japanische GIGA School Program, könnten ländliche Standorte als moderierte Lernzentren fungieren. Hierbei wird das Prinzip der Mobilität umgekehrt: Nicht die Schüler:innen müssen weite Wege zum Fachunterricht pendeln, sondern das Wissen kommt zu ihnen. In einem solchen hybriden Modell bleibt die Schule vor Ort der soziale Anker und Betreuungsraum für alle Altersstufen bis zum Ende der Sekundarstufe I. Während die pädagogische Beziehungsarbeit und die Grundversorgung durch ein festes Team vor Ort geleistet werden, wird spezialisierter Fachunterricht (z. B. Informatik, Geschichte oder weitere Fremdsprachen) digital von zentralen Standorten aus für mehrere Kleinstschulen simultan übertragen. Ergänzt wird dies durch mobile Lehrkräfteteams, die zwischen den Standorten rotieren. Damit transformiert sich die Schule auch zum Community Hub. Sie ist nicht mehr nur ein Gebäude, das mittags schließt, sondern ein multifunktionaler Raum für das gesamte Dorf. Durch die moderne digitale Infrastruktur kann sie abends für Erwachsenenbildung, Coworking oder als digitaler Bürgerservicepunkt genutzt werden. Ein solcher Standort sichert nicht nur Bildungschancen, sondern stabilisiert das soziale Gefüge und die demokratische Teilhabe im ländlichen Raum, indem er staatliche Präsenz und Innovationskraft direkt vor Ort sichtbar macht.

5. Dorfcampus als Ankerpunkt der Daseinsvorsorge fördern

Ein hoher Sanierungsstau oder sinkende Schülerzahlen dürfen nicht länger das automatische Ende eines Bildungsstandorts bedeuten. Die Lösung liegt in der Transformation zum Dorfcampus: Wenn Schule oder Kita zum multifunktionalen Zentrum werden, verwandelt sich die Investition von einer reinen Schulkostenstelle zur umfassenden Sicherung der Daseinsvorsorge für die gesamte Gemeinde. Durch die Integration von Arztpraxen, Co-Working-Spaces, Seniorentreffs oder einem Bürgeramt verteilen sich die Betriebs- und Sanierungskosten auf mehrere Ressorts und Schultern. Dieses Konzept bietet zudem die bauliche Antwort auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung: Räume werden nicht mehr nur für den Vormittag konzipiert, sondern durch flexible Konzepte ganztägig belebt. So kann die Schulbibliothek gleichzeitig als öffentliche Gemeindebibliothek fungieren und die Turnhalle abends für Seniorsport oder Vereinstätigkeiten genutzt werden. Die Einbindung einer Dorf-Gastronomie oder eines Cafés wertet diesen Ort entscheidend auf, da sie die Mittagsverpflegung der Kinder sichert und zugleich als öffentlicher „Dritter Ort“ den sozialen Austausch der gesamten Bevölkerung fördert.

Um den Campus vollends als Ankerpunkt zu etablieren, sollte er als Mobilitätshub fungieren, an dem Ruftaxis halten und E-Ladesäulen stehen. Er kann zudem als digitale Brücke dienen, etwa durch integrierte Telemedizinpunkte, die älteren Bewohner:innen den Zugang zu ärztlicher Beratung erleichtern. Ein solcher Dorfcampus sichert das soziale Kapital durch echte Begegnungsräume, stabilisiert die Demografie durch moderne Infrastruktur und stärkt das politische Vertrauen, indem der Staat vor Ort sichtbar, modern und handlungsfähig bleibt.

6. Pädagogische Innovation statt Rückbau: Jahrgangsübergreifendes Lernen und SEL curricular verankern

Sinkende Schülerzahlen können als Impuls für pädagogische Transformation genutzt werden. Jahrgangsübergreifendes Lernen ist kein Notbehelf, sondern eine international erprobte didaktische Alternative, die auch bei sehr kleinen Kohorten nachweislich funktioniert. Ergänzend sollte Social-Emotional Learning (SEL) als fester Bestandteil der Lehrpläne verankert werden, nicht nur als pädagogisches Instrument, sondern als demokratierelevante Investition. Die in Abschnitt 5 dargelegten Befunde unterstreichen, dass SEL-Programme demokratierelevante Kompetenzen fördern, die gerade in ländlichen Schulen als Ankerpunkte der Gemeinschaft besondere Wirkung entfalten würden. Die curriculare Verankerung von SEL setzt jedoch voraus, dass Lehrkräfte bereits im Studium entsprechende Kompetenzen erwerben. Eine Reform der Lehrkräftebildung ist damit integraler Bestandteil dieser Maßnahme.

7. Bildungsstrukturen über Ländergrenzen hinweg harmonisieren

Die Vielfalt der 16 Landesgesetze ist in Deutschland ein hohes Gut, doch ihre mangelnde Abstimmung wirkt oft als Organisationshindernis. Eine stärkere Abstimmung zwischen den Ländern, etwa durch gemeinsame Standards für Lehrkräftemobilität und eine unbürokratische Ressourcenteilung, könnte verhindern, dass innovative Organisationsformen als isolierte Inselprojekte verharren. Eine bundesweite Verständigung auf Kernelemente, wie etwa längere gemeinsame Lernphasen und modularisierte, vereinheitlichte Strukturen, schafft die nötige Anschlussfähigkeit. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass innovative Organisationsformen durch gemeinschaftliche Nutzung flächendeckend greifen können.

8. Langzeit-Monitoring für ländliche Bildungsinfrastruktur einrichten

Deutschland verfügt über keine systematische Datenbasis zu den in diesem Beitrag analysierten Folgewirkungen ländlicher Schul- und Kitaschließungen. Bund und Länder sollten ein Langzeit-Monitoring etablieren, das Schließungen von Bildungseinrichtungen mit demografischen, sozialen, pädagogischen, gesundheitlichen, ökonomischen und politischen Indikatoren verknüpft, analog zur Raumbeob-

achtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, aber mit explizitem Fokus auf Bildungsinfrastruktur. Der Thünen-Landatlas und INKAR (Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung) bieten methodische Anknüpfungspunkte. Insbesondere fehlt für den deutschen Kontext eine systematische Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem Rückbau ländlicher Daseinsvorsorge und dem Anstieg rechtspopulistischer Wahlergebnisse – eine Forschungslücke, die angesichts der aktuellen politischen Lage höchste Dringlichkeit besitzt.

Daseinsvorsorge ist Demokratiesicherung

Die hier zusammengetragene Forschung legt nahe, kleine ländliche Bildungsstandorte zu erhalten und Kommunen finanziell zu stärken. Die Begründung liegt nicht in einer pauschalen pädagogischen Überlegenheit, sondern in einer Risikoabwägung: Schließungsentscheidungen sind keine rein bildungspolitischen Verwaltungsakte. Sie sind politische Weichenstellungen mit ökonomischen, sozialen, demografischen und demokratierelevanten Konsequenzen. Für die deutsche Politik bedeutet das: Schließungsentscheidungen müssen als politische Akte begriffen werden, die weit über die Bildungsverwaltung hinausreichen. In einer Zeit, in der die „Geografie der Unzufriedenheit“ zunehmend auch die deutschen Wahlergebnisse prägt, ist der Erhalt ländlicher Bildungsinfrastruktur eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Literaturverzeichnis

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024): Bildung in Deutschland 2024: Ein Indikatorengefügter Bericht mit einer Analyse zu beruflicher Bildung, Bielefeld.

Barakat, B. (2015): A „Recipe for Depopulation“? School Closures and Local Population Decline in Saxony, in: *Population, Space and Place* 2015 (2), S. 735–573.

Berlingske (2026): Socialdemokratiet vil støtte landlige skoler med 500 millioner kroner, <https://www.berlingske.dk/politik/socialdemokratiet-vil-stoette-landlige-skoler-med-500-millioner-kroner> (9.3.2026).

Bolet, D. (2021): Drinking Alone: Local Socio-Cultural Degradation and Radical Right Support – The Case of British Pub Closures, in: *Comparative Political Studies* 2021 (54), S. 1.653–1.692.

Böttcher, W.; Brockmann, L.; Meierjohann, T.; Wiesweg, J. (2022): Was brauchen Schulen in herausfordernden Lagen? Eine explorative Studie im Auftrag des Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

bbp – Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Entwicklung der Zahl der Grundschulen, Gymnasien und Förderschulen, <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/177547/entwicklung-der-zahl-der-grundschulen-gymnasien-und-foerderschulen/> (9.3.2026).

Carle, Ursula; Metzen, Heinz (2014): Wie wirkt Jahrgangsübergreifendes Lernen? Internationale Literaturübersicht zum Stand der Forschung, der praktischen Expertise und der pädagogischen Theorie, Grundschulverband.

Cipriano, C.; Strambler, M. J.; Naples, L. H. et al. (2023): The State of Evidence for Social and Emotional Learning: A Contemporary Meta-Analysis of Universal School-Based SEL Interventions, in: *Child Dev* 2023 (94), S. 1.181–1.204.

Danmarks Lærerformand (2026): „Mindre klasser og 5 milliarder årligt vil løfte folkeskolen markant“, <https://www.dlf.org/nyheder/laererformand-mindre-klasser-og-5-milliarder-aarligt-vil-loefte-folkeskolen-markant/> (9.3.2026).

Daugherty, R. (2025): The Economic Impact of America's Child Care Gap: Up to \$329 Billion Lost Over the Next 10 Years, Bipartisan Policy Center, <https://bipartisanpolicy.org/article/economic-impact-of-americas-child-care-gap/> (1.4.2026).

Deutsche Bundesbank (2024): Bankstellenbericht: Entwicklung des Bankstellennetzes im Jahr 2024, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/969984/961114346d9e80c1663d9a811fabce7b/472B63F073F071307366337C94F8C870/bankstellenbericht-2024-data.pdf> (17.5.2026).

Deutsche Telekom Stiftung (o. J.): Stadt, Land, Bildung, <https://www.telekom-stiftung.de/aktivitaeten/stadt-land-bildung> (29.3.2026).

Die Zeit (2025): Geburtenrückgang: Weniger Kita-Kinder, aber mehr Personal, <https://www.zeit.de/news/2025-10/31/mehr-erzieher-fuer-weniger-kinder> (31.3.2026).

Dijkstra, L.; Poelman, H.; Rodríguez-Pose, A. (2020): The Geography of EU Discontent, in: *Regional Studies* 2020 (54), S. 737–753.

Duncombe, W.; Yinger, J. (2007): Does School District Consolidation Cut Costs?, in: *Education Finance and Policy* 2007 (2), S. 341–375.

Eklund, A. (2026): OVERBLIK Hvad er Socialdemokratiets vision for „Lilleskolen“? DR, <https://www.dr.dk/nyheder/politik/overblik-hvad-er-socialdemokratiets-vision-lilleskolen> (9.3.2026).

Heckman, J. J. (2006): Skill Formation and the Economics of Investing in Disadvantaged Children, in: *Science* 2006 (312), S. 1.900–1.902.

Heider, B.; Novack, T.; Scheunert, P.; Scholz, B. (2025): Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland, Bonn, <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/22242> (17.5.2026).

Heider, B.; Scholz, B.; Siedentop, S.; Radzyk, J.; Rönsch, J.; Weck, S. (2023): Ungleiches Deutschland: Sozioökonomische Disparitäten 2023 – Wissenschaftlicher Hintergrundbericht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Helbig, M.; Nikolai, R.; Wrase, M. (2017): Privatschulen und die soziale Frage: Wirkung rechtlicher Vorgaben zum Sonderungsverbot in den Bundesländern, in: *Leviathan* 2017 (45), S. 357–380.

Helbig, M.; Konrad, M.; Nikolai, R. (2018): Die Schulinfrastruktur in Ostdeutschland: Ein multimedialer Zugang zur Analyse der Veränderungen von Schulstandorten, Berlin.

Helbig, M. (2020): Die soziale Spaltung ist im Osten besonders groß, Deutsches Schulportal, <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/die-soziale-spaltung-ist-im-osten-besonders-gross/> (9.5.2026).

Helbig, M.; Schmitz, L.; Weinhardt, F. (2022): DIW Berlin: Selbst wenn Privatschulen in der Nähe sind: Sozial benachteiligte Schüler*innen sind dort kaum vertreten, DIW Berlin, https://www.diw.de/de/diw_01.c.862156.de/publikationen/wochenberichte/2022_51_1/selbst-wenn-privatschulen-in-der-naehe-sind-sozial-benachteiligte-schueler-innen-sind-dort-kaum-vertreten.html (9.5.2026).

Heymann, Franziska (2026): Weniger Kinder, freie Plätze: Thüringens Kindergärten im Umbruch, in: *MDR.DE*, 20.3.2026, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/kitaplaetze-kinderwelt-schliessung-geburtenszahl-100.html> (31.3.2026).

Hyyry-Beihammer, E. K. (2014): School Closures in Rural Finnish Communities, in: *Journal of Research in Rural Education* 2014 (29/1), S. 1–17.

Isaksson, Z. (2023): The Political Effects of Rural School Closures: Evidence from Sweden, in: *Journal of Rural Studies* 2023 (100): 103009.

Kaman, A.; Devine, J.; Erhart, M. et al. (2025): Youth Mental Health in Times of Global Crises: Evidence From the German Longitudinal COVID-19 and Psychological Health Study, in: *Journal of Adolescent Health* 2025 (77), S. 1.050–1.057.

Kiess, J.; Dilling, M. (2025): Das Kreuz mit dem Öffentlichen: Wie das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 und die Qualität des lokalen Bus- und Bahnangebots zusammenhängen, https://www.greenpeace.de/publikationen/20250507_Das_Kreuz_mit_den_O%CC%88ffentlichen_V05_FINAL.pdf (18.5.2026).

KMK – Kultusministerkonferenz der Länder (2025): Vorausberechnung der Zahlen der Schüler/-innen und Absolvierenden 2024 bis 2040, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_246_Vorausberechnung_Schueler_Abs_2024_2040.pdf (29.3.2026).

Kłoczko-Gajewska, A. (2020): Long-Term Impact of Closing Rural Schools on Local Social Capital: A Multiple-Case Study from Poland, in: *European Countryside* 2020 (12), S. 598–617.

Koster, M.; Nakken, H.; Pijl, S. J.; van Houten, E.; Van Houten-van den Bosch, E. J. (2009): Being Part of the Peer Group: A Literature Study Focusing on the Social Dimension of Inclusion in Education, in: *International Journal of Inclusive Education* 2009 (13), S. 117–140.

Kucharz, D.; Wagener, M. (2007): Jahrgangsübergreifendes Lernen: Eine empirische Studie zu Lernen, Leistung und Interaktion von Kindern in der Schuleingangsphase, Baltmannsweiler.

Leithwood, K.; Jantzi, D. (2009): A Review of Empirical Evidence About School Size Effects: A Policy Perspective, in: Review of Educational Research 2009 (79), S. 464–490.

Malik, R.; Hamm, K.; Schochet, L.; Novoa, C.; Workman, S.; Jessen-Howard, S. (2018): America's Child Care Deserts in 2018, Center for American Progress.

Malti, T.; Davidov, M. (2023): The Cambridge Handbook of Prosociality, Cambridge.

Mandavkar, P. (2024): Education System in Finland, Social Science Research Network, Rochester, NY.

Marshall, J. D.; Wilson, R. D.; Meyer, K. L.; Rajangam, S. K.; McDonald, N. C.; Wilson, E. J. (2010): Vehicle Emissions during Children's School Commuting: Impacts of Education Policy, in: Environ Sci Technol 2010 (44), S. 1.537–1.543.

Merrall, J.; Higgins, C. D.; Paez, A. (2024): What's a School Worth to a Neighborhood? A Spatial Hedonic Analysis of Property Prices in the Context of Accommodation Reviews in Ontario, in: Geographical Analysis 2024 (56), S. 217–243.

Neuberger, F.; Grgic, M.; Lippert, K.; Kluger, S. (2026): DJI: Wenn es erst an Personal und dann an Vertrauen mangelt, <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/literatursuche/detailansicht/literatur/38243-wenn-es-erst-an-personal-und-dann-an-vertrauen-mangelt.html> (1.4.2026).

News4teachers (2025): Kita-Sterben wegen Geburtenknick? Erzieherinnen fürchten um ihre Arbeitsplätze, <https://www.news4teachers.de/2025/10/kita-sterben-wegen-geburtenknick-erzieherinnen-fuerchten-schon-um-ihre-arbeitsplaetze/> (31.3.2026).

Nyholt, N. (2023): Left Behind: Voters' Reactions to Local School and Hospital Closures, in: European Journal of Political Research 2023 (63), S. 884–905.

Pauli, R.; Muschenich D. (2026): Sinkende Geburtenraten: Das Kistasterben hat begonnen, in: Die Tageszeitung, 25.3.2026, <https://taz.de/Sinkende-Geburtenraten/!6165483/> (31.3.2026).

Ravens-Sieberer, U.; Kaman, A.; Otto, C. et al. (2021): Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie: Ergebnisse der COPSY-Studie, in: Bundesgesundheitsbl 2021 (64), S. 1.512–1.521.

Rodríguez-Pose, A. (2018): The Revenge of the Places that Don't Matter (and What to Do About It), in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 2018 (11), S. 189–209.

Rodríguez-Pose, A.; Dijkstra, L.; Poelman, H. (2024): The Geography of EU Discontent and the Regional Development Trap, in: Economic Geography, S. 213–245.

Smith, Sarah Ausmus; Zimmer, Ron (2022): The Impacts of School District Consolidation on Rural Communities: Evidence from Arkansas Reform, Annenberg Institute for School Reform at Brown University.

Sørensen, J.; Svendsen, G.; Jensen, P.; Schmidt, T. (2021): Do Rural School Closures Lead to Local Population Decline?, in: Journal of Rural Studies 202 (87), S. 226–235.

Veenman, S. (1995): Cognitive and Noncognitive Effects of Multi-grade and Multi-Age Classes: A Best-Evidence Synthesis, in: Review of Educational Research 1995 (65), S. 319–381.

Witten, K.; McCreanor, T.; Kearns, R.; Ramasubramanian, L. (2001): The Impacts of a School Closure on Neighbourhood Social Cohesion: Narratives from Invercargill, New Zealand, in: Health & Place 2001 (7), S. 307–317.

Die Autorin

Kristina Keuper ist promovierte Molekulargenetikerin und arbeitet als selbstständige Datenwissenschaftlerin. Nach mehrjähriger Forschungstätigkeit in Dänemark kam sie über eigene Erfahrungen mit dem Rückzug öffentlicher Infrastruktur in ihrer Heimatregion zum Thema Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung
www.fes.de/apb

Kontakt

Florian Dähne
Florian.Daehne@fes.de

Bildnachweis

Seite 1 oben: picture alliance | Frank Hoermann/SVEN SIMON

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Juni 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
[↗ www.fes.de/publikationen](http://www.fes.de/publikationen)

